



FACHVERBAND EVANGELISCHE JUGENDHILFEN E.V.

**Bericht über die Arbeit des Vorstandes und der Geschäftsstelle
des FEJ zur 40. Mitgliederversammlung am 22. Juni 2023**

Berichtszeitraum Juni 2022 bis Juni 2023

GLIEDERUNG

Grußwort der Direktorin

»Jugend first«

03 Diakoniedirektorin Dr. Ursula Schoen

1.

**Bericht der
Vorsitzenden**

04 Martin Isermeyer,
Birgit Labes, Valerie Lenck

2.

**Bericht der
Geschäftsführung**

06 Volker Stock

3.

**Bericht
Referat Beratung und
Förderung von Familien**

08 Almut Röhrborn

4.

**Bericht
Referat Hilfen zur Erziehung**

14 Joachim Decker

5.

**Bericht
Referat Jugendbildung**

20 Mandy Mamedow

6.

**Bericht der
Geschäftsstelle**

26 Sabine Eckart

»JUGEND FIRST«

Dr. Ursula Schoen

Liebe Mitglieder,

drei Jahre Pandemie haben in allen gesellschaftlichen Bereichen ihre Spuren hinterlassen. Die seelischen und sozialen Folgen für Kinder und Jugendliche kommen erst jetzt angemessen in den Blick. In der Abwägung der verschiedenen Schutzbedarfe standen vor allem die Jugendlichen mit besonderen Unterstützungsbedarfen oft an hinterer Stelle. Nach der Pandemie und im Kontext der Kriegs- und Krisenerfahrungen vieler geflüchteter Jugendlicher haben sich die Herausforderungen in der Jugendhilfe verschärft: Zu geringe Platzkapazitäten schlechte Refinanzierung, mangelnde Fachkräfte und fehlende Lebens- und Freizeiträume bestimmen die Lage und gefährden in Berlin und Brandenburg die zur Verfügung stehenden Angebote.

Mehr denn je ist es notwendig, Kinder und Jugendliche im sozialpolitischen Fokus zu behalten, ihre Rechte auf Fürsorge und Förderung zu stärken und diese mit konkreten Maßnahmen umzusetzen. Dazu gehören im weiteren auch die Angebote in der offenen Jugendarbeit sowie der Jugendsozial- und Schulsozialarbeit. Die »Sylvesterereignisse« haben hierzu Bewußtsein geschaffen und politische Stellungnahmen herausgefordert. Die Umsetzung dieser Überlegungen steht jedoch noch aus. Bis dahin bleibt auch die offene Jugendarbeit ein prekär finanzierter Aufgabenbereich der Jugendhilfe.

Die Bundesregierung hat sich für die aktuelle Legislaturperiode die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz vorgenommen. Im September 2022 fand eine Anhörung Deutschlands vor dem Kinderrechteausschuss der Vereinten Nationen in Genf statt. In seinem Abschlussbericht würdigte der Ausschuss zwar die erreichten Fortschritte, sah aber gleichzeitig noch dringenden Verbesserungsbedarf – unter anderem mit Blick auf Gewalt gegen Kinder und sexuellen Missbrauch, beim Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung und beim Umgang mit minderjährigen Geflüchteten. Wir begrüßen diese Initiative sehr. Wir unterstützen mit unserer Fachexpertise alle politischen Schritte, die zu einer schnellen Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz führen können.

Als diakonischer Landesverband ist es uns wichtig, dass die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen differenziert und öffentlich benannt wird. Hierzu dient der vorliegende Jahresbericht 2022/2023. Er belegt zugleich das hohe Engagement aller Mitarbeitenden des FEJ und seines ehrenamtlichen Vorstands, der nun seit einem Jahr im Amt ist. Ihnen allen danke ich herzlich! Wir werden in unserer Arbeit an vielen Stellen auch von Politik und Verwaltung – oft sehr konkret – unterstützt, auch ihnen gilt mein Dank!

Eine inspirierende Lektüre wünscht

Ihre

Dr. Ursula Schoen

Ursula Schoen
Direktorin des Diakonischen Werkes
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz



DIREKTORIN
DR. URSULA SCHOEN
© DWBO/Matthias Kindler

1. BERICHT DER VORSITZENDEN

Martin Isermeyer, Birgit Labes, Valerie Lenck



MARTIN ISERMEYER
© uk



BIRGIT LABES
© privat



VALERIE LENCK
© privat

Liebe Mitstreiter:innen,

das letzte Jahr war erneut gezeichnet von den Folgen unterschiedlicher Krisen, die die Lebenswirklichkeit der von uns unterstützten Kinder, Jugendlichen und Familien mitunter schwer beeinflusst haben. Nach den Erschütterungen und Verunsicherungen der Corona-Krise sind viele Menschen weiterhin belastet durch Ängste und Befürchtungen, die der Krieg in der Ukraine auslöst. Die damit einhergehenden erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen tun ein Übriges.

Auch für unsere Mitarbeitenden waren die letzten Jahre besonders belastend. Viele Kolleginnen und Kollegen zeigen neben den unterschiedlichen Verunsicherungen deutliche Anzeichen von Erschöpfung. Spürbar war an vielen Stellen im letzten Jahr eine deutliche Zunahme von Krankheitsausfällen, die neben den allgemeinen Schwierigkeiten, ausreichend qualifizierte und motivierte Fachkräfte zu finden, zu weiteren Mehrbelastungen der vielen hoch engagierten Kolleginnen und Kollegen geführt hat.

Mit Sorge schauen wir auf die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und die damit einhergehenden politischen Debatten, die die Grundlage für die Ausgestaltung unserer Arbeit bilden. Fachpolitische Einflussnahme und Schulterschluss werden in den kommenden Jahren sicherlich an Bedeutung gewinnen, wenn es darum geht, sich gemeinsam für die Stabilisierung der Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe einzusetzen.

Als neuer Vorstand des FEJ e.V. sind wir insbesondere an einer Vertiefung der Vernetzung, der Weiterentwicklung von Räumen offener und vertrauensvoller Kommunikation und der gemeinsamen strategischen Abstimmung zielgerichteter fachpolitischer Aktivitäten interessiert.

Nach den ersten konstituierenden Sitzungen des Vorstandes haben wir daher die guten Entwicklungen der letzten Jahre aufgegriffen und die Strukturen unserer Zusammenarbeit innerhalb des Vorstandes, sowie auch die Kommunikations- und Zusammenarbeitsstrukturen mit der Geschäftsstelle und den Mitgliedsorganisationen reflektiert und – abschließend in einer Vorstandsklausur im April dieses Jahres – für die neue Legislatur geplant.

Besondere inhaltliche Schwerpunkte, die wir in dieser Legislatur vertiefen wollen sind:

- Konzeptionelle Entwicklung und Einrichtung einer diakonischen Beschwerdestelle für die Angebote der Hilfen zur Erziehung
- Entwicklung von Nachhaltigkeit unter umfassenden Gesichtspunkten von Ökologie, Ökonomie, Solidarität und Gerechtigkeit/Auseinandersetzung mit dem Thema Gemeinwohlökonomie
- Reflexion der Zuwendungsfinanzierung – Suche nach Möglichkeiten der politischen Einflussnahme
- Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen der Herausforderungen des Fachkräftemangels
- kritische Begleitung von Diskursen zur Weiterentwicklung der Strukturen des DWBO und seiner Fachverbände

Neben all diesen Themen ist es uns wichtig, dass der FEJ e.V. ein Forum für den fachlichen und organisationalen Austausch bietet. Wir freuen uns daher über die Weiterentwicklung der bestehenden Arbeits- und Austauschformate der Geschäftsstelle.

Wir laden Sie herzlich ein, sich im Sinne einer Stärkung der gemeinsamen fachpolitischen Arbeit, weiterhin aktiv einzubringen und mitzuwirken!

Für Ihre Arbeit wünschen wir Ihnen Optimismus, Zuversicht, Kampfgeist, Humor und vor Allem: Gottes Segen!

Für den FEJ-Vorstand



Martin Isermeyer

Vorsitzende des FEJ-Vorstandes



Birgit Labes



Valerie Lenck

2. BERICHT DES GESCHÄFTSFÜHRERS

Volker Stock



VOLKER STOCK
© DWBO/Birte Zellentin

Handeln & Verhandeln

Pandemie, Krieg in der Ukraine und die Rückkehr der vorpandemischen Realitäten von Flucht und Vertreibung hatten erheblichen Einfluss nicht nur auf das Handeln unserer diakonischen Träger. Die Bewältigung der Folgen dieser Herausforderungen stand auch im Mittelpunkt zahlreicher Aktivitäten und Verhandlungen des Fachverbandes. Zugleich verstärken fortgesetzt sowohl gesellschaftspolitische Veränderungen wie auch fachpolitische (Spar-)Reflexe den Anpassungs- und Transformationsdruck auf alle am Zustandekommen gelingender Jugendhilfeangebote Beteiligten. Die Silvesterereignisse in Berlin richteten die öffentliche Wahrnehmung zusätzlich – zumindest kurzzeitig – auf das Thema Jugendsozialarbeit.

Neben der Verbandsgeschäftsführung obliegt mir ein Großteil des Berliner Verhandlungsgeschehens zu diesen Fragen. Was konnten wir also unter erschwerten Bedingungen erreichen zwischen Sommer 2022 und 2023?

Einen gewissen Zwischenstillstand erzeugte die Wiederholungswahl des Berliner Abgeordnetenhauses, erst Recht da nun sowohl die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wie auch die Senatsverwaltung für Finanzen unter neuer Regie stehen.

Wichtige Verbesserungen im Berliner Rahmenvertrag Jugendhilfe (BRVJug) wurden durchgesetzt. Auch diverse Rahmenleistungsbeschreibungen (RLB) wurden überarbeitet, insbesondere die familienanalogen Angebote erfuhren eine deutliche Verbesserung, in der Jugendberufshilfe sind einige bisherige Ausstattungshöchstgrenzen nun Mindestausstattungen.

Den Berliner Erziehungs- und Familienberatungsstellen in freier Trägerschaft werden zukünftig zwei Vollzeitäquivalente pro Beratungsstelle zusätzlich zur Verfügung stehen. In der neu verhandelten Rahmenvereinbarung finden nun auch die Sachkosten Berücksichtigung, eine Gemeinkostenpauschale in für Zuwendungsverträge ungewöhnlicher Höhe gibt Hoffnung, dass auch diakonische Träger in die Nähe einer auskömmlichen Finanzierung kommen. Abzuwarten bleiben die tatsächlichen Zuwendungshöhen – das Land Berlin bemerkt soeben, dass die eingestellten Haushaltsmittel nicht ausreichend sind...

Die berlineinheitliche Fachleistungsstunde (FLS) wurde im Hinblick auf die Personalkosten basisbereinigt, eine Weiterverhandlung zur Basiskorrektur auch der Sachkosten ist fest vereinbart. Damit konnte eine jahrelange Forderung endlich auf die Agenda gesetzt werden. Ein Verbleib in der FLS auch für die diakonischen Träger ist damit zunächst deutlich erleichtert.

In die pauschalen Entgeltanpassungen konnten die spezifischen Steigerungen der Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR) mit den besonderen Auswirkungen im Arbeitsfeld Jugendhilfe eingepreist und auch für die Sachkosten erstmals ein über den gängigen Prognosen liegender Wert verhandelt werden. Die ungewöhnlichen Energiekostensteigerungen in 2022 wurden in beiden Bundesländern zwar anerkannt und auch teilweise ausgeglichen (die Festlegung eines Verfahrens dazu in Brandenburg steht noch aus) – der Höhe nach verbleiben jedoch leider erhebliche Anteile bei den Trägern – für Berlin wurde erreicht, dass es ein sehr einfaches und pauschales Beantragungsverfahren gibt.

Es zeigt sich – wie bereits in der Pandemie – einmal mehr, wie wichtig es zukünftig trägerseitig ist, auf regelmäßige, teils kurzfristige Trägervertrags- bzw. Entgeltneu-



verhandlungen vorbereitet zu sein, sowie Ressourcen zur Risikominimierung in der mittelfristigen Planung zu berücksichtigen.

Im Nachgang zum großen Trägertreffen im Roten Rathaus zur Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter (UMG) wurde – durchaus mit erheblichen fachlichen Bauchschmerzen – ein Beschluss zu Rahmenbedingungen sogenannter »Brückenangebote« gefasst. Mit den Verhandlungen ist es gelungen, dem sich anbahnenden »Wildwuchs« von intransparenten Vereinbarungen zwischen Land, Bezirken und einzelnen – teils unerfahrenen – Trägern, ein Verfahren unter dem Dach des Berliner Rahmenvertrages entgegenzusetzen. Die Auseinandersetzung dazu hat in der Folge auch die Diskussion zum Thema Fachkräfte in den HzE in den Vordergrund gerückt.

Fachkräfte & die Kraft des Fachlichen

Sowohl in Brandenburg (siehe Bericht von Joachim Decker) wie auch in Berlin ist das Thema Fachkräfte in Bewegung. Gemeinsam mit den anderen LIGA-Verbänden konnte das Land Berlin überzeugt werden, dass es besonderer Anstrengungen bedarf, damit die Versorgungssicherheit im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE) langfristig gewährleistet werden kann. Im Rahmen des breit angelegten Dialogs »Fachkräfte in den HzE« sind unterschiedliche Maßnahmen in Diskussion und Vorbereitung. Darunter z.B. die Schaffung von Ausbildungsplätzen in freien Trägern, die Praktikervergütung und Starthilfen bei Platzerweiterungen. Über den Stand der Verhandlungen berichten wir im Rahmen der FEJ-Mitgliederversammlung.

Auch die noch in Verhandlung befindliche Überarbeitung der Rahmenleistungsbeschreibung D.6 – Stationäre Gruppenangebote soll die immer drängendere Fachkräftefrage mit aufnehmen. Wir haben hier wichtige Impulse gegeben und verfolgen das Ziel, im Herbst zu einer umfassenden Reform dieser zentralen Vertragsgrundlage zu kommen. Schon jetzt hat der Verhandlungsstand teils prägende Auswirkungen auf die Diskussionen z.B. zu den Krisengruppen mit Aufnahmeverpflichtung, den »Kleinkindkrisen« und anderen Angebotsformen.

Verbandsintern beleuchteten wir das Thema aus anderer Perspektive. So fokussierten wir mit der Veranstaltung zum Thema »Generation Z« mit Rüdiger Maas auf die Aspekte, die für Träger als Arbeitgeber an Bedeutung gewinnen. Anknüpfend an das sehr positive Echo darauf, wird das Thema Fachkräftegewinnung auch wichtiger Teil der Mitgliederversammlung sein – als fachlicher Impuls mit Informationen und einem Praxisworkshop.

Die Fachdiskussion zu angrenzenden Fragestellungen ist ebenfalls eröffnet. Wie gelingen Beziehungsarbeit und Teambuilding in Teilzeitarbeit und wachsenden Teamgrößen? Wie können sozialpädagogische Fachkräfte und »Nichtfachkräfte« im Sinne guter Hilfen zusammenwirken – und wie viele dürfen oder müssen es jeweils sein? Etc.

Prospektivität & Perspektiven

Die Prospektivität im Entgeltbereich stieß mit den fortgesetzten Krisen mehrfach an ihre Grenzen. Risiken sind bislang in sämtlichen Angebotsformen der Jugendhilfe zu wenig eingepreist.

Im Bereich Jugendsozialarbeit zeigte sich mit der Schließung mehrere diakonischer Jugendclubs deutlich, dass auch dort die Finanzierungsumfänge und -strukturen trotz Jugendfördergesetz nicht geeignet sind, die formulierten fachlichen Anforderungen tatsächlich zu gewährleisten. Im Zusammenwirken von Trägern und Verband wird es wichtig sein, diesen Widerspruch weiterhin öffentlichkeitswirksam zu adressieren.

Das Thema Zuwendung insgesamt – mit dem für diakonische Träger besonders neuralgischen Aspekt des Besserstellungsverbot – wird im DWBO permanent intensiv diskutiert und insbesondere auch über die LIGA in den politischen Diskurs eingebracht. Der Gefahr, dass diakonischen Trägern wichtige gesellschaftspolitische soziale Handlungsfelder verloren gehen, werden wir weiterhin entgegenreten. Alle Erfahrung zeigt, dass dies umso besser gelingt, je frühzeitiger Mitgliedsträger und Verband abgestimmt zusammenwirken und sich über wesentliche Entwicklungen rechtzeitig informieren.

Neue Formate und gemeinsame Aktivitäten auch in der Öffentlichkeitsarbeit haben sich im vergangenen Jahr bewährt, diese gilt es auszubauen. Sie finden kurze Video-Statements zu ausgewählten Aktivitäten des Jahres 2022 auch auf unsere Homepage:

<https://www.diakonie-portal.de/ueber-uns/jahresbericht-2022/jugendhilfe>

<https://www.youtube.com/watch?v=wVf6pcERtwg>
(rbb Abendschau: Digitales Existenzminimum für Kinder und Jugendliche – Gespräch mit Volker Stock vom 2. Februar 2023).

Abschließend ein kurzer Blick auf das Binnenverhältnis von Fachverband FEJ e.V. und DWBO: Das weiterhin sehr gute Zusammenwirken des vergangenen Jahres macht Mut, den Blick auch auf notwendige strukturelle Modernisierungen zu lenken. Mit der Initiative des Diakonischen Rates zur Prüfung der Beitragsordnungen ist ein erster Schritt dazu getan, den wir unsererseits unterstützen.

3. BERICHT REFERAT BERATUNG UND FÖRDERUNG VON FAMILIEN

Almut Röhrborn



ALMUT RÖHRBORN
© DWBO/Matthias Kindler

1. Fachveranstaltungen

Schwangerschafts(konflikt)beratungs-Runde (SKB-Runde)

Die Schwangerschafts(konflikt)berater:innen aus Berlin und Brandenburg treffen sich viermal jährlich zu einer Fortbildung (SKB-Runde). Die SKB-Runde bietet die Möglichkeit zum intensiven Austausch und zur Diskussion aktueller Themen. Im Berichtszeitraum fanden folgende Veranstaltungen statt:

- **19. September 2022:** Erzwungene Mutterschaft nach einer Vergewaltigung. Referentin: Lydia Jedrych von der LARA Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen*. 14 Teilnehmer:innen
- **7. November 2022:** Beratung von Personen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz. Referentinnen: Carolin Ochs und Sandra Kretschmer von der Clearingstelle der Berliner Stadtmission, Heike Müller vom Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung Charlottenburg-Wilmersdorf. 15 Teilnehmer:innen
- **2. Februar 2023:** Paar bleiben nach dem Abbruch. Referentin: Rebekka Haug vom Ev. Zentralinstitut für Familienberatung. 21 Teilnehmer:innen
- **12. Juni 2023:** Adoption – Rechtliche Grundlagen – Verfahren. Referentin: Regina Ruhm vom Adoptionsdienst Berlin (Beratung + Leben GmbH der Immanuel Albertinen Diakonie).

Zusätzlich zu diesen vier regulären Terminen fand aufgrund der aktuellen Situation und der hohen Nachfrage eine weitere Veranstaltung (online) statt:

- **19. Oktober 2022:** Das Bürgergeld – Neuerungen im SGB II/XII für die Beratungspraxis. Referentin: Sylvia Pfeiffer. 17 Teilnehmer:innen.

Weitere Fachrunden und Fachveranstaltungen

Bedarfsorientiert fanden darüber hinaus verschiedene Vernetzungs- und Austauschrunden statt, um aktuelle Problemlagen zu erörtern und gemeinsam Strategien zu entwickeln. Außerdem wurden verschiedene Fachveranstaltungen durchgeführt, die aktuelle Entwicklungen aufgreifen und für Fachkräfte und interessierte Mitarbeiter:innen aus den Mitgliedsorganisationen Impulse für die eigene Arbeit bieten sollten.

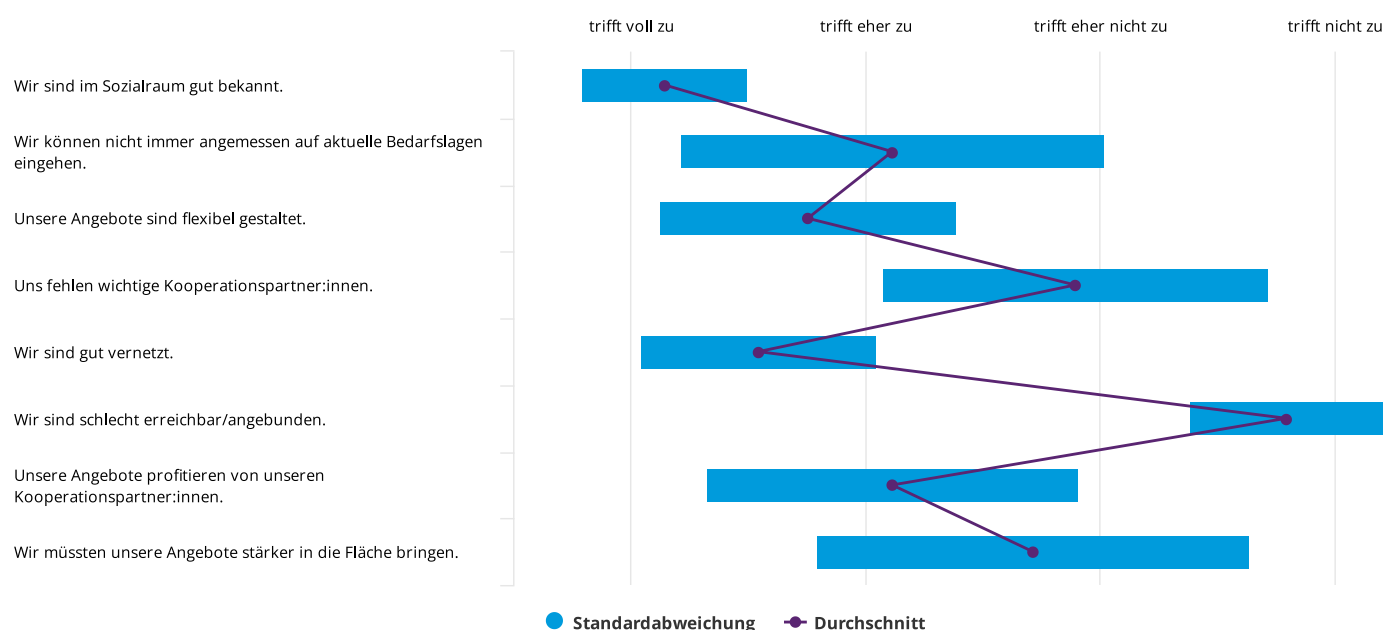
- **30. August 2022:** Das Auswahlkonzept im Rahmen der Novellierung des Schwangerenberatungsstellengesetzes Berlin (SchwBG Berlin). Gemeinsame Überlegungen zur Strategie von diakonischen Trägern im Feld der S(K)B.
- **16. September 2022:** Das Online-Beratungstool der Diakonie Deutschland. Referent: Jörn Hoffmann vom Zentrum Kommunikation der Diakonie Deutschland. 39 Teilnehmer:innen.

- **25. November 2022:** Das Online-Zugangsgesetz und die Sozialplattform – Bedeutung für die Beratungsstellen. Referentinnen: Almut Röhrborn (FEJ e.V.), Claudia Niemeyer (DWBO e.V.) sowie Julia Preisendanz und Bettina Benzinger vom Team der Sozialplattform (Deloitte). 25 Teilnehmer:innen.
- **9. Februar 2023:** Niedrigschwelligkeit von Familienberatung im Land Brandenburg. Diskussion der Ergebnisse der LIGA-weiten Erhebung des DWBO.
- **12. Mai 2023:** Blended Counseling – Workshop zur Erarbeitung eigener Konzepte für die Beratungspraxis. Referentin: Emily Engelhardt. 20 Teilnehmer:innen. Diese Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Arbeitsbereich »Existenzsicherung und Integration« des DWBO durchgeführt.
- **27. Juni 2023:** Die geplante Reform des Familien- und Familienverfahrensrechts – in welche Richtung steuern wir? Referentin: Ulrike Gebelein von der Diakonie Deutschland (Zentrum Kinder, Jugend, Familie und Frauen).

Grafik: Umfrage-Ergebnis Familienberatung

Inwiefern treffen folgende Aussagen auf Ihre Beratungsstelle zu?

Anzahl Antworten: 28



Hintergrund der Veranstaltung war eine durch die Referentin durchgeführte Erhebung, die den Status Quo der Erziehungs- und Familienberatungsstellen im Land Brandenburg in Bezug auf das Qualitätskriterium der Niedrigschwelligkeit ermitteln sollte. Die Ergebnisse wurden zudem der Landesarbeitsgemeinschaft Erziehungs- und Familienberatung Brandenburg (LAG) vorgestellt und diskutiert. Im Herbst wird ein Fachgespräch zum Thema in Potsdam stattfinden.

- **17. März 2023:** Barrierefreie Beratungsstellen – Fördermöglichkeiten der Aktion Mensch. Referent:innen: Christian Wellmann und Thorsten Gast von der Aktion Mensch, Hans-Jürgen Klein von der Diakonie Deutschland (Drittmittelberatung) sowie Vanessa Henning von der Freiwilligenagentur Charisma im DWBO. 18 Teilnehmer:innen.

2. Gremienarbeit

LIGA Berlin, AG für den Bereich Schwangerschafts(konflikt)beratung

Wesentliche Inhalte in diesem Gremium betrafen die Neufassung des Berliner Schwangerenberatungsstellengesetz (SchwBG). Gemeinsam mit den LIGA-Kolleg:innen erarbeitete die Referentin ein Positionspapier und diskutierte die Inhalte in insgesamt vier Sitzungen mit den Vertreter:innen der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenWGP). Außerdem wurden mögliche Kriterien für ein Auswahlkonzept im Falle eines Überangebots an Beratungsstellen diskutiert. Darüber hinaus verfasste die Referentin gemeinsam mit den LIGA-Kolleg:innen eine Stellungnahme mit dem Titel »Das aktuelle Versorgungsdefizit der Schwangerschafts(konflikt)beratung im Land Berlin muss

behooben werden« und entwickelte eine Berechnung für einen zukünftigen auskömmlichen Etat im Doppelhaushalt 2024–2025.

Stellungnahme: <https://www.ligaberlin.de/Das-aktuelle-Versorgungsdefizit-der-Schwangerschafts-konflikt-beratung-im-Land-Berlin-muss-behoeben-werden-1045963.html>

Im Koalitionsvertrag findet sich die Absichtserklärung der (neuen) Regierungsparteien, dass die Schwangerschaftskonfliktberatung im Land Berlin »gestärkt« werden solle (CDU, SPD (2023): »Das Beste für Berlin«, S. 92). Dies kann als positives Zeichen für die Finanzierung der Beratungsstellen gewertet werden.

In einem Fachaustausch am 24. April 2023 stellte die LIGA AG diese Stellungnahme den Vertreterinnen der Berliner Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung vor und diskutierte die aktuelle Versorgungslage von ratsuchenden Frauen in Berlin.

Ein fachpolitisches Gespräch zwischen Vertreter:innen der LIGA und Fachkräften aus der Beratungspraxis von Diakonie, Caritas und dem Paritätischen mit den frauen- und gesundheitspolitischen Sprecher:innen von CDU und SPD fand am 7. Juni 2023 statt.

LIGA Brandenburg, AG Frauen und Gleichstellung, Bereich Schwangerschafts(konflikt)beratung

Hauptthema in diesem Gremium waren das in Brandenburg bereits wirksame Auswahlkonzept sowie die ausstehenden untergesetzlichen Regelungen zum Brandenburgischen Gesetzes zur Ausführung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (BbgAGSchKG). Gemeinsam mit der Landesgleichstellungsbeauftragten Frau Manuela Dörnenburg und den Kolleg:innen der LIGA erarbeitete die Referentin u.a. eine Stellungnahme zur Situation der Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen in der aktuellen Krise.

Stellungnahme: [Microsoft Word – 20221101_Stellungnahme LIGA und MSGIV_Doppelhaushalt 2023–24 \(liga-brandenburg.de\)](#)

Leider konnten die Bemühungen der LIGA keine direkten Folgen für den Doppelhaushalt 2023–2024 zeitigen. Der Kontakt zum Ministerium für Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) des Landes Brandenburg gestaltete sich im Berichtszeitraum äußerst schwierig. Verschiedene in Aussicht gestellte Termine wurden kurzfristig abgesagt. Das Thema der Finanzierung der Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen in freier Trägerschaft war daher auch Thema beim Quartalsgespräch mit der zuständigen Abteilungsleitung am 19. April 2023. Wichtigstes Anliegen der LIGA AG SKB Brandenburg ist es nach wie vor, eine Ansprechperson im Ministerium zu bekommen, um die Forderungen bezüglich der Anpassung der Förderpauschale und Überarbeitung der Statistik überhaupt adressieren zu können. Im Mai 2023 wurde kurzfristig für den 1. Juni ein Gesprächstermin mit einer neuen Referentin seitens des MSGIV einberufen. Die LIGA AG für den Bereich der Schwangerschafts(konflikt)beratung hat darin u.a. die Anpassung der Förderpauschale angesprochen und mit einem konkreten Berechnungsmodell hinterlegt (die aktuell gültige Förderverordnung stammt aus dem Jahr 2008). Da eine Erhöhung des Etats jedoch nur durch einen Nachtragshaushalt möglich wäre, müsste als ein nächster möglicher Schritt die Anhörung im Sozialausschuss geprüft werden.

Kooperationsgremium Erziehungs- und Familienberatung Berlin

Gemeinsam mit dem Geschäftsführer setzt sich die Referentin im Kooperationsgremium für die Arbeit der Erziehungs- und Familienberatungsstellen (EFB) ein.

Seit dem Jahr 2023 obliegt dem diakonischen Landesverband die Federführung innerhalb der LIGA-Kolleg:innen.

Die seit dem letzten Berichtszeitraum vorgenommene Reform der Rahmenvereinbarung zur Erziehungs- und Familienberatung im Land Berlin (RV EFB) konnte nach intensiven Verhandlungen abgeschlossen werden.

Wesentliche Neuerungen betreffen:

- Umstellung des Finanzierungssystems auf Zuwendungen, die durch das Land Berlin erfolgen,
- Wegfall der Fallpauschalen,
- Wegfall der bezirklichen Finanzierung der Beratungsstellen,
- Ersetzung des Leistungsvertrages durch eine jährlich neu geschlossene Kooperationsvereinbarung zwischen Land (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie), Bezirken und freien Trägern,

sowie kurzfristig:

- Aufwuchs von zwei vollzeitäquivalenten Personalstellen pro Erziehungs- und Familienberatungsstelle

Wichtige Fragen im Gremium betreffen nun den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen und Zuwendungsverträgen sowie das Recruiting und die Einstellung von neuen Fachkräften.

Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) Berlin, UA Familie und Familienpolitik

Im Zuge der Konstituierung des LJHA Berlin im Herbst 2021 bildete sich ein neuer Unterausschuss. Die Referentin nimmt als Gast an den monatlich stattfindenden Sitzungen teil und vertritt die Interessen der diakonischen Träger im Bereich Familie. Die Themen im Berichtszeitraum betrafen u.a. das Familienförderungsgesetz, die Energiekrise, Kinderarmut in Berlin, die Teilhabefachdienste, die Maßnahmen aus dem Ergebnispapier des 2. Gipfels gegen Jugendgewalt sowie das Landesprogramm Familienzentren.

Evangelische Hauptstellenleitungskonferenz (EHK)

Die Evangelische Hauptstellenleitungskonferenz (EHK) ermöglicht den Austausch über die zukünftige Entwicklung der psychologischen Familien- sowie Paar- und Lebensberatung der Diakonie auf Bundesebene. Die jährlich stattfindende Konferenz fand vom 30. Januar bis zum 1. Februar 2023 statt und befasste sich u.a. mit den Folgen des inklusiven Jugendhilferechts für die psychologische Beratungsarbeit.

SKB-Konferenz der Diakonie Deutschland

Vom 20. bis zum 21. April 2023 tagte die jährliche Konferenz der Referent:innen für Schwangerschafts(konflikt)beratung der Diakonie Deutschland. Wichtige Themen betrafen die Online-Beratung, die Beratung von Trans*-Personen sowie die Kommission beim Bund zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs.

Im Berichtszeitraum startete der diakonieweite Meinungsbildungsprozess zum Thema § 219 Strafgesetzbuch »Schwangerschaftsabbruch«, in dem die Referentin für das DWBO teilnimmt.

Fachkonferenz Seelsorge und Beratung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO)

Die verschiedenen Seelsorgebereiche der EKBO treffen sich zweimal jährlich. Die Referentin vertritt die Spezialseelsorge im Bereich der Paar- und Lebensberatung wie der Schwangerschaftskonfliktberatung. Wichtige Themen im Berichtszeitraum betrafen die Arbeit an Schutzkonzepten im Bereich »Prävention vor sexualisierter Gewalt« und den Verhaltenskodex der EKBO.

Kuratoriumssitzungen der Berliner Landesstiftung »Hilfe für die Familie«

Die Referentin wurde als Mitglied in das Kuratorium der Berliner Landesstiftung »Hilfe für die Familie« benannt und bringt sich bei den zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen ein. Schwangere, Familien und Alleinerziehende, die unversichert in eine Notlage geraten sind, können über (diakonische) Beratungsstellen Anträge zur finanziellen Unterstützung (z.B. für eine Erstausrüstung) stellen. Die Stiftung erhält pro Jahr über 7.000 Anträge. Wichtige Themen im Berichtszeitraum betrafen u.a. die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges auf die Arbeit der Beratungsstellen und der Stiftungsanträge sowie die Umstellung des Antragsverfahrens auf ein neues Software-Programm zur Antragsbearbeitung.

Berliner Fachbeirat Familienzentren

Die Referentin wurde im Januar 2023 als stellvertretendes Mitglied für den Fachbeirat Familienzentren benannt und vertritt dort die Interessen der sieben diakonischen Familienzentren mit Landesförderung. Wichtige Themen im Berichtszeitraum betrafen die Mittelvergabe im Rahmen des »Netzwerks der Wärme«, die »Fluchtmittel« sowie das Programm Berlin INKLUSIV. Die Familienzentren im Landesprogramm werden zum Jahr 2025 in die bezirkliche Förderung übergehen (sog. »Abschichtung« im Rahmen des Familienförderungsgesetzes). Gleichzeitig soll ggf. ein neues Modellprogramm mit 16 Familienzentren an Grundschulen aufgelegt werden (als eine der Maßnahmen aus dem Ergebnispapier des 2. Gipfels gegen Jugendgewalt).

Weitere Kooperationen

Zur Vertiefung aktueller Themen aus den Bereichen der Erziehungs- und Familienberatung sowie der Schwangerschafts(konflikt)beratung steht die Referentin im Austausch mit den Mitarbeiter:innen des Evangelischen Zentralinstituts für Familienberatung in Berlin (EZI), der Evangelischen Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V. (EKFuL), sowie dem Amt für Kirchliche Dienste (AKD).



BARRIEREFREI: DER NEUE »FAMILIEN-WEGWEISER«

Interne Arbeitsgruppen im DWBO

Die Referentin nahm im Berichtszeitraum verschiedene Aufgaben in internen Arbeitsgruppen des DWBO wahr:

- **AG Vielfalt:** Vor- und Nachbereitung des Mitarbeiter:innen-Fortbildungstages des DWBO zum Thema Vielfalt und Interkulturelle Öffnung im November 2022.
- **AG Prävention vor sexualisierter Gewalt:** Seit November 2022 wirkte die Referentin an der internen Arbeitsgruppe mit. Wesentliche Inhalte betrafen die Erstellung einer Umfrage zur internen Risikoanalyse sowie die Entwicklung von Interventionsplänen für das DWBO.
- **Gütesiegel Familienorientierung:** Im Dezember 2022 übernahm die Referentin das Thema als neue Ansprechperson im/für das DWBO.

3. Aktualisierung des »Familien-Wegweisers«

Das DWBO gibt seit 2012 den sog. »Wegweiser« – eine Broschüre zu evangelischen Beratungsangeboten für Familien – heraus. Die letzte Version war aus dem Jahr 2017 und musste aktualisiert werden. Für die neue Ausgabe beantragte die

Referentin eine Förderung durch Aktion Mensch, wodurch die Broschüre in einem aufwändigen Layout und als barrierefreie PDF-Version herausgegeben werden konnte. Die aktualisierte Auflage enthält über 100 wichtige Adressen zu den Themenbereichen »Schwangerschaft«, »Erziehung«, »Familie«, »Krisen« und »soziale Hilfen« von diakonischen Trägern in Berlin, Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz. Neu mit aufgenommen wurden u.a. die Familienzentren. Außerdem sind Angaben zur barrierefreien Zugänglichkeit und zu Online-Beratung mit aufgenommen worden. Die Broschüre liegt zum Download und als gedruckte Version vor.

https://www.diakonie-portal.de/fileadmin/user_upload/Themen/Jugendhilfe_und_Jugendliche/Downloads/Familien-Wegweiser-2023.pdf

4. Kollektenmittel

Paar- und Lebensberatung

Bei der Kollektenausschüttung in 2022 (Kollektensammlung 2021) lag das Antragsvolumen von sechs Trägern für 15 Beratungsstellen bei 152.124,00 Euro. Dem gegenüber standen gut zehntausend Euro an Deckung auf dem entsprechenden Konto. Daher entschied der DWBO-Vorstand, diese geringe Fördersumme durch eine Sonderausschüttung zumindest

teilweise auszugleichen. Im Juni 2022 wurden daher 10.679,62 Euro aus regulär eingegangenen Kollektenmitteln und zusätzlich 24.793,61 Euro an Sondermitteln für die Paar und Lebensberatung ausgeschüttet.

Der Vergabeausschuss (FEJ-Vorstand) hat am 26. Mai 2023 über die Ausschüttung von Kollektenmitteln für die Paar- und Lebensberatung der evangelischen Beratungsstellen (Kollektensammlung 2022) entscheiden. Das Antragsvolumen für fünf Träger von Beratungsstellen an 23 Standorten lag am 17. Mai 2023 bei 153.174,00 Euro. Das Konto wies zum selben Zeitpunkt eine Summe von 35.541,04 Euro (Sammlungen vom September 2022 und vom Januar 2023) aus. Diese Summe wurde um 20.000 Euro durch den DWBO-Vorstand aufgestockt und mit einer Sonderausschüttung ausgezahlt.

5. Studie »Bildung in der stationären Erziehungshilfe« (BisE-Studie)

Nach Abschluss des Durchführungszeitraums finalisierte die Referentin in Zusammenarbeit mit dem Referat Hilfen zur Erziehung, dem FEJ-Geschäftsführer sowie dem beteiligten Partner (Paritätisches Jugendhilfeforum) die Abschlusspräsentation (siehe: [Ergebnisse Befragung junger Menschen \(diakonie-portal.de\)](https://diakonie-portal.de)). Diese wurde auf einem Online-Fachtag zum Thema »Bildungserfolge für alle« des Careleaver e.V. in Kooperation mit der Universität Hildesheim sowie der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) am 5. Dezember 2022 der interessierten Fachöffentlichkeit vorgestellt und mit Fachkräften, Wissenschaftler:innen und Careleaver:innen deutschlandweit diskutiert.

Im Dezember 2022 erschien eine Meldung zur abgeschlossenen Studie im DWBO-Newsletter. Eine geplante Abschlussveranstaltung zur Übergabe der Ergebnisse der Studie an die Politik im Luisenstift konnte leider aufgrund der notwendigen Prioritätensetzung in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie nicht durchgeführt werden.

4. BERICHT REFERAT HILFEN ZUR ERZIEHUNG

Joachim Decker



JOACHIM DECKER
© DWBO/Birte Zellentin

1. AG Hilfen zur Erziehung

Der AG Hilfen zur Erziehung gehören alle Einrichtungs- bzw. Verbundsleitungen der Mitgliedsorganisationen an, die Angebote und Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung (HzE) vorhalten. Im Berichtszeitraum fanden vier Sitzungen statt, in denen die aktuellen Themen der Erziehungshilfe aus den Ländern Berlin und Brandenburg aufgegriffen wurden. Im März 2023 konnten wir uns nach langer Zeit wieder im Haus der Diakonie zusammenfinden – die Hybridtechnik erlaubt inzwischen aber auch eine digitale Teilnahme.

Inhaltlich war der Fachaustausch von wenigen zentralen Themen geprägt, die uns über einen langen Zeitraum beschäftigten und auch noch weiterhin beschäftigen werden:

Die **Auswirkungen der Schutzmaßnahmen in Zeiten der Pandemie** stellten die Mitgliedsorganisationen gegen Ende der Pandemie weiterhin vor große Herausforderungen. Anhaltend hohe Krankenstände belasteten, zusätzlich zum allgemeinen Fachkräftemangel (siehe unten), das gesamte Personal der Mitgliedsorganisationen. Unter anderem war und ist dies für uns durch die Anzahl der Teilnehmenden in den Gremien spürbar, die teilweise bis zu 50 % gesunken ist.

Darüber hinaus ist die pädagogische Arbeit deutlich anspruchsvoller geworden. Aufnahmeanfragen für Kinder und Jugendliche mit komplexem Hilfebedarf sind in der Zeit nach Angaben der Mitgliedsorganisationen signifikant angestiegen, so dass es schwieriger geworden ist, Angebote zu machen, die den jeweiligen Kindern und Jugendlichen und ihren Familien gerecht werden.

Im Zusammenhang mit der **Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG)** wurden vor allem drei Themen aufgerufen, die im Zusammenhang mit der Betriebserlaubnis stehen:

- die Erarbeitung eines Gewaltschutzkonzeptes,
- die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen in den Hilfen zur Erziehung und
- die Benennung einer externen Beschwerdestelle (siehe unten).

Durch die gestiegenen Energiekosten und die damit einhergehende allgemeine Preissteigerung wurde die **Anpassung der Entgelte** relevant. Näheres dazu ist im Bericht der Geschäftsführung zu finden.

Das Thema **Nachhaltigkeit** gewann zunehmend an Bedeutung. Dabei geht es nicht nur darum, wie die Diakonie und ihre Mitgliedsorganisationen CO2-neutral werden können, sondern auch eine Auseinandersetzung mit dem Thema bei den jungen Menschen im Rahmen der Bildungsarbeit anzuregen.

Durch die weltweiten Krisen, insbesondere durch den Krieg in der Ukraine, sind viele **unbegleitete minderjährige Geflüchtete (UMG)** zu uns gekommen. Während sich im Land Brandenburg die Situation in den jeweiligen Landkreisen/kreisfreien Städten sehr unterschiedlich darstellt, ist eine sehr hohe Anzahl an UMG in Berlin eingetroffen. Die Diskussionen betrafen vor allem die Schaffung von Platzkapazitäten, die aufgrund der aktuellen Personalsituation und der Erfahrungen mit der Refinanzierung der letzten Jahre unter anderen Vorzeichen stand als in den Jahren 2015 bis 2019. Besonders herausfordernd war und ist dabei der Spagat zwischen dem Mangel an Wohnraum und Fachkräften und dem Anspruch auf Unterbringung, Versorgung und Betreuung nach geltenden Qualitätsstandards.

Die **Gewinnung und das Halten von Fachkräften** hat die Teilnehmenden der AG Hilfen zur Erziehung zunehmend in Atem gehalten. Die Befragung der Mitgliedsorganisationen im Bereich Hilfen zur Erziehung hat ein differenziertes Bild ergeben:

Insgesamt konnten 34 Antworten (davon 25 komplett ausgefüllte Fragebögen) ausgewertet werden. Bei den Platzzahlen gab es bei den Hilfen nach § 34 SGB VIII in Berlin kaum Veränderungen (+7 Plätze), während in Brandenburg 36 Plätze neu geschaffen wurden. Bei den ambulanten Hilfen war ein leichter Rückgang in Berlin zu verzeichnen, in Brandenburg hingegen ein Zuwachs von 33,5 Vollzeitäquivalenten.

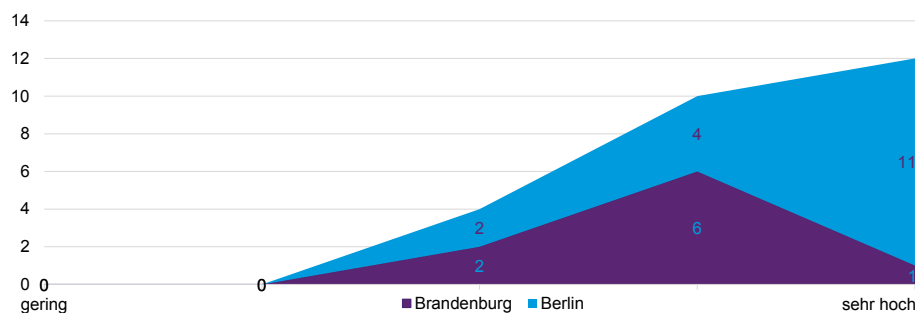
Die Einschätzung der Auslastung lag in Berlin bei 4,0 und in Brandenburg bei 4,7 von 5 (Mittelwert 4,2). Für eine geringere Auslastung wurden am häufigsten Personalausfall und Überlastung genannt (zusammen 10 mal).

In Brandenburg wurden 57 Stellen ausgeschrieben, 69 Personen wurden eingestellt (davon 13 Quereinsteiger:innen – 18,8 %). 17 Stellen waren zum Zeitpunkt der Erhebung noch vakant und 29 neue Stellenausschreibungen sollte es im vierten Quartal 2022 geben. In Berlin wurden 237 Stellen ausgeschrieben, 179 Personen wurden eingestellt (davon 12 Quereinsteiger:innen – 6,7 %). 41 Stellen waren zum Zeitpunkt der Erhebung noch vakant und 48 Stellenausschreibungen sollte es im vierten Quartal 2022 geben.

84 % der befragten Einrichtungsleitungen gaben an, dass das pädagogische Personal hoch und sehr hoch belastet ist. Die Arbeitsbelastung scheint in Berlin (n=15) deutlich höher als in Brandenburg (n=7) zu sein. Gründe dafür sind vor allem ein hoher Anteil von jungen Menschen mit komplexem Hilfebedarf, die Auswirkungen von Corona und krankheitsbedingter Ausfall von Personal. Vakante Stellen spielen ebenfalls eine Rolle.

Grafik: Belastung von Mitarbeitenden

84 % geben an, dass das pädagogische Personal hoch und sehr hoch belastet ist.



Insgesamt geben 22 % (sechs Einrichtungen) an, Reduzierungen von Plätzen im Erhebungszeitraum aufgrund von Fachkräftemangel vorgenommen zu haben bzw. dass Plätze vor Schließungen bedroht sind. Im Bereich stationäre HzE betrifft dies

vor allem Berlin mit 52 bedrohten Plätzen und 6 vorübergehenden Schließungen. 2019 wurden 5 Plätze geschlossen und 12 waren von Schließung bedroht.

In Berlin scheinen Handlungsspielräume nicht vorhanden zu sein. Auch wenn es im Detail betrachtet Verschiebungen bei den Platzzahlen gibt, sind die an der Befragung beteiligten Einrichtungen bemüht, den status quo zu halten. In Brandenburg gab es hingegen Möglichkeiten, neue Plätze zu schaffen. Die Mitarbeitenden scheinen weniger belastet zu sein als in Berlin. Die Fluktuation bei den Mitarbeitenden scheint aber in Brandenburg höher zu sein. Die ausgeschriebenen Stellen konnten – mit deutlich höherem Einsatz von Quereinsteiger:innen als in Berlin – zwar weitestgehend gedeckt werden, der Bedarf an neuem Personal ist im Verhältnis aber wesentlich höher als in Berlin.

Sowohl in Berlin als auch in Brandenburg wird an Fachkräftestrategien gearbeitet, an denen sich der FEJ beteiligt. Perspektivisch steht die Frage im Raum, wie der FEJ bzw. das DWBO die Mitgliedsorganisationen in ihren eigenen Bemühungen unterstützen kann. Die Fachkräftekampagne »Nur die Besten kommen ins Heim« ist nach wie vor ein guter Ansatz, muss aber insgesamt modernisiert werden.

UAG Beschwerdestelle

Im Auftrag der Mitgliederversammlung 2022 erarbeitet eine Unter-AG eine Konzeption für eine externe Beschwerdestelle, die von jungen Menschen, die Dienste oder Leistungen der FEJ-Mitgliedsorganisationen in Anspruch nehmen, nutzen können. Die UAG hat am 15. November 2022 die Arbeit aufgenommen. Insgesamt zwölf Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsorganisationen beteiligen sich an der Erarbeitung.

Vernetzung der Kinderschutzbeauftragten

Anlässlich der Erarbeitung von Gewaltschutzkonzepten, die alle betriebserlaubnispflichtigen Einrichtungen vorzuhalten haben, wurde zur Vernetzung der Kinderschutzbeauftragten der Mitgliedsorganisationen eingeladen. Am 7. Dezember 2022 fand das erste Online-Treffen statt. Insgesamt beteiligen sich 21 Beauftragte an dem Fachaustausch.

2. AG Mutter/Vater-Kind-Einrichtungen

Die AG Mutter/Vater-Kind-Einrichtungen hat sich im Berichtszeitraum drei Mal zum Fachaustausch getroffen. Zentrales Thema war die Anpassung der Anlage D.8 des Berliner Rahmenvertrages aufgrund des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes. Es ist nun möglich, den anderen Elternteil oder eine Person, die für das Kind tatsächlich sorgt, mit Zustimmung des betreuenden Elternteils in die Leistung mit einzubeziehen. Darüber hinaus ist die Pauschale für Qualitätsentwicklung angehoben worden.

Da die Fachkräftegewinnung mit den spezifischen Anforderungen in diesem Arbeitsfeld ebenfalls ein großes Thema ist, wurden Handlungsoptionen und notwendige Schritte mit dem Öffentlichkeitsreferenten des DWBO, Sebastian Peters, beraten.

3. Fachgruppen

Die Fachgruppe **Traumapädagogik/Traumafachberatung** kam zwei Mal für den gemeinsamen Fachaustausch zusammen. Im Vordergrund stand die Vernetzung von Fachkräften, die mit betroffenen Personen arbeiten.

Die verbandsübergreifende Fachgruppe **Tagesgruppen** im Land Brandenburg tauschte sich an drei Online-Terminen über aktuelle Entwicklungen und weitere Themen wie »Die Tagesgruppe im Wandel – Erwartungen des Jugendamtes, Weiterentwicklung, Qualitätsentwicklung« oder Elternarbeit aus.



IMMER EIN THEMA: AUSBILDUNG, QUALIFIZIERUNG UND BINDUNG VON FACHKRÄFTEN.

In der Fachgruppe **Therapeutische Wohngruppen** waren die Auswirkungen der angespannten Situation in den Einrichtungen am deutlichsten zu spüren. Für drei Online-Termine waren nur einige wenige Vertreterinnen und Vertreter der Einladung gefolgt. Das Interesse an der Vernetzung ist zwar groß, aber der Alltag in den therapeutischen Einrichtungen lässt eine Teilnahme leider häufig nicht zu. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

4. Gesamtkonferenz und AK Erziehungshilferferent:innen der Diakonie Deutschland

Im Oktober 2022 befasste sich auch die Gesamtkonferenz des Zentrums für Kinder, Jugend, Frauen und Familie der Diakonie Deutschland mit dem Schwerpunktthema **Fachkräfte**, insbesondere mit der **Ausbildung und Qualifizierung** und der **Fachkräftebindung**. Darüber hinaus standen die **sozialökologische Transformation** und das **nachhaltige Wirtschaften** in Einrichtungen neben aktuellen Informationen aus den Arbeitsfeldern auf der Tagesordnung.

Im Arbeitskreis der Erziehungshilferferent:innen befassten wir uns mit dem Bundesrahmenhandbuch Organisationen, Unternehmen und Werke, der Künstlichen Intelligenz in der Kinder- und Jugendhilfe (Forschungsprojekt an der Technischen Hochschule Nürnberg), dem Modellprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) »Mental Health Coaches« und der **Kindergrundsicherung**.

5. Fachbeirat des Evangelischen Erziehungsverband e. V. (EREV)

In den Sitzungen des Fachbeirates des EREV, die zwei Mal im Jahr stattfinden, haben sich die Mitglieder mit den folgende Schwerpunktthemen befasst:

- Inklusive Schutzkonzepte vor sexueller Gewalt
- Rechtspopulismus in der Zivilgesellschaft
- Reformprozess des SGB VIII: Umsetzungsstand der inklusiven Ausrichtung

- Studie: Wirksame Teamleitung der »IU Internationale Hochschule«, Bremen
- Betreuungssituation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten (UMG)

6. Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) des Landes Berlin und Landes-Kinder- und Jugendausschuss (LKJA) des Landes Brandenburg

Der Referent ist stimmberechtigtes Mitglied im LKJA und stellvertretendes Mitglied im LJHA und vertritt dort das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Darüber hinaus ist der Referent Mitglied in den Unterausschüssen des LJHA »Hilfen zur Erziehung und Kinderschutz«, »Jugendarbeit, außerschulische Jugendbildung und Jugendsozialarbeit« und »Gesamtjugendhilfeplanung und Haushalt«.

Den Unterausschuss »Hilfen zur Erziehung« des LKJA leitet der Referent als Vorsitzender. Im Berichtszeitraum konnten drei umfangreiche Vorhaben umgesetzt werden:

- Fachliche Begleitung der Erarbeitung einer Handlungsempfehlung »Qualitätsdialoge Kinder- und Jugendhilfe«
- Erarbeitung einer Handlungsempfehlung »Inobhutnahme«
- Bearbeitung von Regelungsgegenständen in Vorbereitung auf das Ausführungsgesetz SGB VIII im Land Brandenburg und fachliche Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens

In Bezug auf die Situation des Fachkräftemangels wurde mit einem Fachgespräch am 26. April 2023 der Frage nachgegangen, was getan werden muss, um die Kinder- und Jugendhilfe für die Zukunft abzusichern. Das Fachgespräch mit ca. 25 Vertreter:innen des Landtages, des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBJS), den Jugendämtern, der LIGA Brandenburg und weiteren Verbänden diente als Auftakt und zur Vorbereitung eines Fachtages des LKJA.

7. Fachausschuss IV – Kinder, Jugend und Familie der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege, Spitzenverbände im Land Brandenburg

Im Fachausschuss IV wirkt der Referent an der Bearbeitung von Themen der Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe mit. Hierzu gehören vor allem die Erarbeitung von Stellungnahmen, Positionspapieren und Handlungsempfehlungen sowie die Vorbereitung und Durchführung von Fachveranstaltungen.

8. Schiedsstelle SGB VIII des Landes Brandenburg

In der Schiedsstelle SGB VIII ging es im Berichtszeitraum vorwiegend um gestiegene Sachkosten sowie um die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei den Personalkosten. Der Rahmenvertrag nach § 78f SGB VIII war dabei mehrfach Verhandlungsgegenstand. Insgesamt sind im Berichtszeitraum acht Anträge eingegangen.

9. Weitere Gremientätigkeit

Darüber hinaus bringt der Referent seine Expertise in folgende Gremien mit ein:

- Beirat zum Landesprogramm Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen (Sitz des Landesjugendhilfeausschusses Berlin)
- Programmbeirat der Diakonischen Akademie für Fort- und Weiterbildung (DIAkademie)
- Vergaberat – Direktvergabe von landeseigenen Einfamilienhausgrundstücken an soziale gemeinnützige Träger
- Unterarbeitsgruppen der Vertragskommission Jugendhilfe (Standards zur Auswahl, Aufnahme in und Beendigung von Hilfesettings, Erarbeitung einer berlinweiten Konzeption »Falllabore in den Jugendämtern«)

10. Weiterbildung zur Qualifizierung für die Tätigkeit in der stationären Erziehungshilfe

In 2022 konnten wir 18 Teilnehmenden der Weiterbildung (QUASTE) das Zertifikat für den erfolgreichen Abschluss überreichen. Es war jedoch festzustellen, dass die erreichte Leistung nicht der Qualität entsprach, die in den Jahren zuvor erreicht werden konnte. Wir führen dies darauf zurück, dass dieser Kurs fast ausschließlich online stattfand. Es war zu beobachten, dass Teilnehmende, die von zu Hause aus teilnahmen, häufig keine gute Lernsituationen hatten (z. B. keinen ungestörten Raum oder es waren Kinder anwesend, die betreut werden mussten).

Obwohl angenommen werden kann, dass der Einsatz von Quereinsteigenden in den Einrichtungen zugenommen hat, konnten wir den neuen Kurs mangels Anmeldungen nicht im Herbst 2022 beginnen, sondern erst im Januar 2023. Es gibt Hinweise darauf, dass es inzwischen auch schwerer geworden ist, Quereinsteigende, die eine verwandte pädagogische Ausbildung benötigen, zu akquirieren. Auffällig ist, dass es in der Zusammensetzung des begonnenen Kurses einen großen Anteil an Lehrer:innen gibt. Auch der Anteil an eingewanderten Teilnehmenden ist vergleichsweise hoch. Sie kommen überwiegend aus Polen.

Eine gute Erfahrung war es, die Weiterbildung QUASTE am Berlin-Tag am 11. März 2023 den Messebesucher:innen vorstellen zu können. An dem Messestand erkundigten sich kontinuierlich Interessierte über die Weiterbildung und andere Wege, in den Hilfen zur Erziehung tätig werden zu können. In zwei Vorträgen erhielten die Teilnehmenden die grundlegenden Informationen zur Weiterbildung. Individuelle Fragen konnten im Anschluss und am Messestand beantwortet werden.



**AM QUASTE-MESSE-
STAND GAB ES AUCH
INFORMATIONEN ZUR
WEITERBILDUNG UND
ZU ANDEREN WEGEN,
IN DEN HILFEN ZUR
ERZIEHUNG TÄTIG
WERDEN ZU KÖNNEN.**

5. BERICHT REFERAT JUGENDBILDUNG

Mandy Mamedow



MANDY MAMEDOW
© DWBO/Matthias Kindler

1. Allgemeine Aufgaben

Im Berichtszeitraum wurden die allgemeinen Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte des Referats fortgeführt und weiterentwickelt. Dazu gehörten im Wesentlichen das Informieren der diakonischen Mitgliedseinrichtungen über aktuelle fachliche, rechtliche und politische Entwicklungen im Bereich der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe in Berlin-Brandenburg sowie über bundesweite Entwicklungen. Zudem wurden die Mitgliedseinrichtungen auf Weiterbildungsangebote und Fachveranstaltungen der Arbeitsfelder Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe aufmerksam gemacht. Im Dezember 2022 erfolgte eine online-umfragebasierte Evaluation zur Passgenauigkeit der Informationsvermittlung. In deren Folge begann im Berichtszeitraum die Planung und Umsetzung neuer Formate, z.B. themenspezifische Fachaus-tausche über Fachgruppen. Weitere Anpassungen der Arbeit des Referats werden fortlaufend geplant und schrittweise umgesetzt.

2. Drittmittelberatung (größtenteils über DWBO – Arbeitsbereich 6)

Die Drittmittelberatung umfasst die Begleitung von Projektideen/Projektskizzen von Mitgliedseinrichtungen in Bezug auf Auswahl geeigneter Fördermittelgeber sowie Konzeption und Finanzierungsplanung bis hin zur Antragstellung, welche – je nach Förderprogramm – formlos bzw. in digitalen Antragsmasken geschieht. Im Rahmen von Zentralstellenverfahren arbeitet die Referentin eng mit den Kolleg:innen der Drittmittelberatung des Bundesverbands, der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) sowie fachbereichsübergreifend mit hausin-ternen Kolleg:innen zusammen.

Zur Drittmittelberatung gehört neben einer Antragserstberatung, welche das DWBO, u.a. innerhalb gesonderter Sprechzeiten anbietet, auch die Beratung zu Förderprogrammen der Aktion Mensch, der Deutschen Glücksspirale, des Deutschen Hilfswerks, der Wohlfahrtsmarken und verschiedener Stiftungen. Des Weiteren erfolgt im Rahmen der Antragsberatung auch die Bearbeitung von Förderungen durch Mittel aus der Kollekte Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit. Zudem werden Träger der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit zum Bundesprogramm »Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Vor Ort. Vernetzt. Verbunden« (BGZ) (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI)) beraten und sowohl bei der Interessenbekundung als auch bei der Antragstellung im Rahmen des Zentralstellenverfahrens begleitet. In diesem Förderprogramm geht es um die gesellschaftliche Integration von zugewanderten Menschen, wobei eine explizite Zielgruppe Jugendliche sind, welche sowohl in reinen Jugendprojekten als auch innerhalb altersunabhängiger Projekte adressiert werden. Im Rahmen der Jugendprojekte erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der BAG EJSA, welche hier als Zentralstelle fungiert.

AKTION MENSCH

Aktion Mensch, Soziallotterien und BGZ (über DWBO AB 6)

Die Summe der Projektideen und Antragstellungen ist insgesamt in etwa gleich geblieben im Vergleich zum Berichtszeitraum des Vorjahres. Allerdings nahmen die Antragstellungen und Beratungen für Großprojekte speziell im Bereich der Aktion Mensch-Förderung zugunsten von Sonderförderprogrammen ab. Bereits zu Beginn des Jahres 2022 richteten Träger Projektvorhaben häufig an der Schnittstelle zur Migrationssozialarbeit aus. Durch die Kriegsereignisse in der ersten Jahreshälfte 2022 sowie die damit verbundenen neuen Herausforderungen der Träger im Umgang mit den zahlreichen aus der Ukraine geflüchteten Menschen setzte sich dieser Schwerpunkt auch im aktuellen Berichtszeitraum weiter fort.

Insgesamt ist in zuwendungsfinanzierten Angeboten – auch aufgrund sich verändernder Rahmen-/Förderbedingungen und aufgrund spontan neu aufgelegter Förderprogramme – ein insgesamt gestiegener Beratungsbedarf in Bezug auf das Einwerben von Drittmitteln zu verzeichnen. Zudem ist eine Verlagerung von Anfragen hin zu den kurzfristigen und kleineren Programmen/Sonderförderungen festzustellen gewesen. Die individuelle Beratungsleistung und Koordinierung durch den Landesverband – besonders in Sonderprogrammen – unterstützten Mitgliedseinrichtungen unkompliziert und passgenau bei deren hohem und flexiblem Engagement der schnellen Hilfe für Bedürftige.

Durch ein in 2022 eingeführtes verändertes Antragsverfahren ist auch im BGZ-Programm im Berichtszeitraum ein insgesamt gesteigerter Beratungs- und Bearbeitungsaufwand angefallen.

Kollekte Jugendsozialarbeit

Die Kollekte im Bereich der »Offenen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit« des Jahres 2022 wurde am 30. Januar 2022 gesammelt und ergab für den FEJ/DWBO – zusammen mit Restmitteln aus der Kollektensammlung des Jahres 2021 – insgesamt in 2022 eine Summe von 34.697,66 Euro, wobei in 2022 daraus 21.601,50 Euro zur Förderung von Projekten verwendet worden sind. Damit lag zum Jahresende 2022 (Stichdatum 31. Dezember 2022) eine Kontodeckung in Höhe von 13.096,16 Euro vor.

Der FEJ/DWBO teilte sich auch in 2022 die Summe der gesammelten Mittel aus der Kollekte der »Offenen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit« mit der Sozialdiakonischen Kinder- und Jugendarbeit des Amtes für kirchliche Dienste, so dass die oben gemachten Angaben sich nur auf die anteilige Kollektensumme für den FEJ bezieht.

Auf den noch im vorangegangenen Berichtszeitraum (Mai 2022) erfolgten Aufruf zum Einreichen neuer Anträge meldeten sich insgesamt acht Träger mit neun Projektideen. Fünf Träger mit sechs Projektideen konnten davon nach positivem Entscheid in der FEJ-Vorstandssitzung am 26. August 2022 und anschließender DWBO-Vorstandsbewilligung mit einem Gesamtvolumen von 21.601,50 Euro begünstigt werden.

Die im Berichtszeitraum aus Kollektensmitteln geförderten Projekte widmen sich sowohl der aktiven Einbeziehung sozial benachteiligter junger Menschen im Bereich der Berufsorientierung (Ausbildungswerkstatt), der gemeinsamen Freizeitgestaltung (Gartenpflanzaktion, Ferienprogramme) als auch der Verbesserung der Ausstattung von vorhandenen Freizeitangeboten für benachteiligte junge Menschen (Maler-/Renovierungsarbeiten; Spielplatzerweiterung).

Nach Aufruf zur Antragstellung im Mai 2022 gingen weitere Mittel aus der Kollektensammlung 2022 ein. Dennoch lag mit einer Kontodeckung in Höhe von ca. 15.300 Euro im Mai 2023 noch keine ausreichende Mittelgrundlage für einen neuen Antragsaufruf vor.

Die nächste Kollekte JSA/JA wird erst im Dezember 2023 (26. Dezember 2023) gesammelt. Die Beobachtung der Entwicklung der Intervalle eingehender Mittel seit Anfang 2022 ließ zum Ende des Berichtszeitraums nicht auf eine plötzlich ansteigende Summe innerhalb der kommenden Monate schließen, so dass – nach Abstimmung dazu in der Vorstandssitzung am 26. Mai 2023 – beschlossen wurde, erst nach Eingang der 2023-Kollekte dann in 2024 wieder einen Aufruf zur Einreichung neuer Projektanträge zu starten. Damit bestätigt sich die sich bereits in 2021/2022 abzeichnende Tendenz hin zu Aufrufen im Zweijahres-Rhythmus.



3. Fachgruppen: »Offene Jugendarbeit«, »Schulsozialarbeit« und »Jugendberufshilfe«

Um künftig einen fachlichen Austausch der Mitgliedsorganisationen zu bestimmten Arbeitsfeldern und deren aktuellen Themen zu gewährleisten und die Interessenvertretung der Mitgliedseinrichtungen künftig besser zu stärken, wurde im Berichtszeitraum vom Referat eine Fachgruppe (FG) »Offene Jugendarbeit«, eine FG »Schulsozialarbeit« sowie eine FG »Jugendberufshilfe« (JBH) geplant und initiiert. Das Angebot startete als Online-Angebot in Form eines offenen Fachaustausches. Es befindet sich aktuell noch in der Entwicklung, an der die Mitgliedsorganisationen durch Einbringen ihrer Themen und Schwerpunkte aktiv mitwirken können.

Die Auftaktveranstaltung zur FG »Offene Jugendarbeit« erfolgte am 24. April 2023. Die FG »Schulsozialarbeit« startete am 28. April 2023. Vertreter aus dem Bereich der JBH trafen sich erstmals am 12. Mai 2023 online. Das Referat bietet damit eine Plattform für regelmäßige digitale Austauschrunden im Bereich der Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit und Jugendberufshilfe. Diese sollen sowohl die Leitungs- als auch die Fachkräfteebene vernetzen. Zusätzlich zu den Online-Formaten sind künftig auch Fachtreffen in Präsenz geplant.

4. Gremienarbeit

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA e.V.)

Die Referentin vertritt das DWBO in der Mitgliederversammlung (MV) sowie im Hauptausschuss (HA) der BAG EJSA. Im Berichtszeitraum fand die MV am 9./10. November 2022 statt. Der HA tagte im Berichtszeitraum dreimal.

Ein verbandliches Schwerpunktthema im Berichtszeitraum war die Entwicklung einer Vision und deren Weiterentwicklung zu einer Mission der evangelischen Jugendsozialarbeit im Selbstverständnis der BAG EJSA.

Die wesentlichen Arbeitsschwerpunkte des **Hauptausschusses** im Berichtszeitraum waren – ähnlich dem vorangegangenen Berichtszeitraum – die verbandliche Positionierung zur weiteren Ausgestaltung der Verortung von Schulsozialarbeit im SGB VIII, speziell hinsichtlich der Umsetzung in den einzelnen Bundesländern. Die BAG EJSA begleitete und beobachtete die Entwicklungen zur Umsetzung der Neuerungen sowie der Berücksichtigung des § 13a SGB VIII. Auch die Folgen der Pandemie-Maßnahmen für die Zielgruppen der Jugendsozialarbeit sowie die Beteiligung junger Menschen waren weiterhin zentrale Themen, ebenso spielte die verbandliche Lobbyarbeit im Berichtszeitraum eine wichtige Rolle. Regelmäßige Themen des Hauptausschusses betrafen die Jugendmigrationsdienste, das Bundesvorhaben »Respect-Coaches«, die gemeinwesenorientierten Integrationsprojekte im Jugendbereich (Projekte des BGZ-Programms), das Bundesprogramm »Mental-Health-Coaches«, das im Rahmen des Zukunftspakets aufgelegt worden ist sowie die Arbeit im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit.

Wichtige Fragen des **Fachbeirats Bildung (FBB)** beschäftigten sich auch im aktuellen Berichtszeitraum weiterhin mit dem Thema Schulsozialarbeit und in diesem Zusammenhang u.a. mit Sozialraumorientierung in der Schulsozialarbeit sowie Schulabsentismus und Schulsozialarbeit. Auch das Thema Haltung in der Schulsozialarbeit wurde näher beleuchtet. Die Standortbestimmung Schulsozialarbeit wurde zudem aktualisiert und veröffentlicht, ebenso wurde die Publikation »Digitalisierung und Schulsozialarbeit« veröffentlicht.

Neben dem starken Fokus auf der Schulsozialarbeit wurde auch das Evangelische Bildungsverständnis und seine Bedeutung für die Jugendsozialarbeit stärker in den Blick genommen. Darüber hinaus setzte sich der FBB kritisch mit verschiedenen Bundesprogrammen (Startchancen-Programm; Mental-Health-Coaches) und deren Bedeutung/Möglichkeiten bzw. Grenzen im Rahmen der Jugendsozialarbeit und in diesem Zusammenhang der Schulsozialarbeit auseinander.

Veranstaltungen im Berichtszeitraum unter Mitwirkung der BAG EJSA:

- Tagung »Schulsozialarbeit im Sozialraum« (20. Oktober 2022)
- »Nikolaustagung des Kooperationsverbunds Schulsozialarbeit« (8./9. Dezember 2022)
- Online-Tagung »Schulabsentismus« (4. Mai 2023)
- Fachtagung »Professionelle Haltung in der Schulsozialarbeit« (24./25. Mai 2023)

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) nach § 78 SGB VIII »Berufliche Integration junger Menschen«, Berlin

Nachdem im April 2021 durch den LJHA eine neue dritte Arbeitsperiode der LAG »Berufliche Integration junger Menschen« für zwei Jahre beschlossen worden war, traf sich

die LAG im aktuellen Berichtszeitraum weiterhin regelmäßig, um begonnene Tätigkeiten zum Abschluss zu bringen. Dazu wurde auch die Bildung themenspezifischer Unter-Arbeitsgruppen (UAGs) beibehalten.

Die wesentlichen Themen/Schwerpunkte waren dabei:

- die Fachdebatte zur guten Arbeit in der Jugendberufshilfe nach SGB VIII
- Expertise der LAG für den Prozess der Weiterentwicklung der Rahmenleistungsbeschreibung (Anlage D.4 des Berliner Rahmenvertrages Jugendhilfe)
- die noch eingehendere fachliche Betrachtung von Schnittstellen (Reha/JBH, Berufs- und Studienorientierungsteams/JBH, Akteure*innen innerhalb der Jugendberufsaagenturen) und Identifikation von Entwicklungspotentialen und Erarbeitung konkreter Vorschläge
- die Begleitung des Ausbaus von stationären Angeboten des sozialpädagogisch betreuten Jugendwohnens nach § 13 Abs. 3 SGB VIII
- v Bewertung/Einordnung der Evaluierung zur Umsetzung der Jugendberufsaagentur (JBA)
- die »Machbarkeitsstudie zur Wirkungsforschung in der JBH – (MAWI)«
- Analyse der Auswirkungen/Situation der Pandemie auf die berufliche Integration der jungen Menschen im Kontext mit den Angeboten der JBH/JBA

Im Berichtszeitraum erfolgte zudem die Erarbeitung, Präsentation und Übergabe des Abschlussberichts der dritten Arbeitsperiode der LAG »Berufliche Integration junger Menschen« an den LJHA.

Perspektiven aus der Arbeit der LAG:

- Anregung eines bezirksübergreifend agierenden Formats, um auch künftig die JBH gem. SGB VIII berlinweit im fachpolitischen Raum zu positionieren; in diesem Zusammenhang Planung eines Fachtags für vsl. September 2023 (quasi als Zwischenstand/Evaluation), daraus dann im LJHA Ende 2023 im Ergebnis Beratung über mögliche weitere Formate der Zusammenarbeit/Vernetzung zwischen Trägern, Verbänden, Land und Bezirken

Verhandlungsrunde: Rahmenvereinbarungen im Bereich Bildung, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Berlin

Die Referentin nahm an den monatlich stattfindenden Verhandlungen zu den Rahmenvereinbarungen im Bereich Bildung teil und vertrat dort die Interessen der diakonischen Träger, die Leistungen nach einer der drei folgenden Rahmenvereinbarungen (RV) anbieten:

- »RV Sek I«: Ganztagsangebote freier Träger an Sekundarschulen
- »RV SchulPfleHi«: ergänzende Pflege und Hilfe (»Schulhelfer:innen«)
- »RV BuT«: ergänzende Lernförderung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket.



Der wesentliche thematische Schwerpunkt bestand im Berichtszeitraum in der Mitarbeit bei der Anpassung/Aktualisierung bzw. Überarbeitung einzelner Rahmenvereinbarungen: Schul-Rahmenvereinbarung (SchulRV) (Überarbeitung der Textfassung auf der Grundlage der Änderung der Schülerförderungs- und -betreuungsverordnung (SchüFöVO) und Veröffentlichung der Neufassung mit Inkrafttreten zum 01. Januar 2023); der RV SchulPfleHi (Verlängerung der Rahmenvereinbarung; Qualifizierung von Schulhelfer:innen zu Schulassistenten) ebenso der RV Sek I; RV BuT.

Darüber hinaus erfolgten im Berichtszeitraum die für die genannten Rahmenvereinbarungen relevanten jährlichen Neuverhandlungen und Anpassung der jeweiligen Kostenblätter.

Weitere Themen im Berichtszeitraum waren:

- Fachkräfteakquise und Fachkräftebedarf
- Änderungen des Schulgesetzes; insbesondere Interimslösung des Integrierte Software Berliner Jugendhilfe (ISBJ) für die Jahrgangsstufen 5 und 6
- Gemeinsame Info-Veranstaltung für Träger der freien Jugendhilfe BuT
- Kultusministerkonferenz-Präsidentschaft

**Landes-Kinder- und Jugendausschuss (LKJA), Unterausschuss (UA)
»Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und
Jugendschutz«, Brandenburg**

Die Referentin nahm als stimmberechtigtes Mitglied an den Sitzungen des Unterausschusses teil.

Inhaltliche Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren:

- die Ausgestaltung des neuen Kinder- und Jugendschutz-Fördergesetzes (KJSFG Ausführungsgesetz des SGB VIII nach Reform in 2021) für das Land Brandenburg: Hier erfolgte im Rahmen des UA die Mitarbeit an der Planung und Konzeption möglicher Regelungsgegenstände des neuen KJSFG aus Sicht der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit. Auch die im Berichtszeitraum durchgeführte Klausursitzung des UA widmete sich zusätzlich zu den übrigen Sitzungsterminen umfänglich der Mitarbeit an der Gesetzesausgestaltung.
- Schule und Jugendhilfe/Jugendhilfe an Schulen/Schulsozialarbeit in Brandenburg

Weitere Arbeitsthemen waren die Beteiligung von jungen Menschen im UA, Inklusion, Energiekrise, Produktionsschulen, mobile Jugendarbeit.

Fachverband Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit Brandenburg (FJB e.V.)

Die Referentin vertritt den FEJ in der Mitgliederversammlung (MV) des FJB e.V. Im aktuellen Berichtszeitraum fand die MV am 22. März 2023 statt.

Zudem steht die Referentin in engem Austausch mit der Geschäftsführung bezüglich aktueller Themen aus den Arbeitsfeldern der Jugendhilfe, speziell zum Thema Inklusion.

Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg (AKJS e.V.)

Die Referentin vertritt den FEJ in der Mitgliederversammlung (MV) der AKJS e.V. Die nächste MV ist für Herbst 2023 geplant.

Darüber hinaus steht die Referentin im engen Austausch mit der Geschäftsführung der AKJS zu Themen des Jugendschutzes, u.a. zum Thema Cannabislegalisierung und Jugendmedienschutz in der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit.

Fachbereichübergreifende Veranstaltungen

Die Referentin plante und bereitete im Berichtszeitraum gemeinsam mit Kolleg:innen des Arbeitsbereichs Migration und Integration im DWBO eine Fachveranstaltung zur Fördermittelakquise und Antragsstellung für Drittmittelprojekte vor. Die Veranstaltung findet am 12. Juli 2023 im Haus der Diakonie statt.

6. BERICHT GESCHÄFTSSTELLE

Sabine Eckart



SABINE ECKART
© DWBO/Bornemann

Zu den Aufgaben der Sachbearbeitung gehörten im Berichtszeitraum 2022–2023:

1. Veranstaltungsorganisation

Im vorliegenden Berichtszeitraum wurden durch die Sachbearbeitung fünf Vorstandssitzungen und eine Mitgliederversammlung vorbereitet. Weiterhin wurden alle verbandsrelevanten Veranstaltungen mit der dazugehörigen Erstellung von Honorarverträgen für die Referent:innen begleitet. Die Veranstaltungen von verbandsübergreifendem Charakter wurden aktiv vorbereitet und mitgestaltet.

2. Finanzwesen

In 2022–2023 ist der Jahresabschluss mit der dazugehörigen Zusammenstellung aller erforderlichen Unterlagen für die Wirtschaftsprüfer »Ebner Stolz Partnerschaft mbH« vorbereitet und engmaschig begleitet worden. In Absprache mit dem Geschäftsführer wurde durch die Sachbearbeiterin die Rücklage- und Depotverwaltung des Verbandes überwacht, ebenso die Prüfung und Verwaltung der Kostenstellenberichte. In weiterer Verantwortung der Sachbearbeitung lagen die Berechnung der Mitgliedsbeiträge HzE und die Auslastungsabfrage bzw. Rechnungslegung für das I. und II. Halbjahr 2022. Zu den weiteren Aufgaben gehörten die vorbereitende Buchhaltung, Rechnungserstellung, sämtliche Überwei-

sungen über den Fachverband und die Überwachung der Zahlungsein- und ausgänge. Weiterhin sind die Konten unter Beachtung der dazugehörigen Fristen geführt und überprüft worden. Die Beitragsrechnungen für die Beratungsstellen wurden erstellt und die Zahlungseingänge kontrolliert. Darüber hinaus wurden Zuschüsse, Zuwendungen und Nachlässe abgerechnet; hierzu gehörte u.a. die jährliche Kostenüberwachung für alle Konten des Fachverbandes.

3. Büroorganisation

In Abstimmung mit der Personalabteilung wurden personalrelevante Daten erhoben und verwaltet. Hierzu zählte u.a. die Zusammenstellung von Beratungsunterlagen und der Mitgliederdatenverwaltung. Die Sachbearbeiterin bearbeitete sämtliche Angelegenheiten zur Erlangung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt für Körperschaften und die Umsatzsteuermeldung des Fachverbandes. Weiterhin oblag ihr die Bearbeitung der notwendigen Unterlagen für die Eintragung in das Vereinsregister, inklusive der Gestaltung notarieller Zusammenarbeit.

Für Rückfragen zum Geschäftsbericht und für weitere Auskünfte, sowie für fachliche Angebote des Fachverbandes Evangelische Jugendhilfen e.V., steht Ihnen gerne Frau Sabine Eckart, Assistentin der Geschäftsführung, zur Verfügung.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Fachverband Evangelische Jugendhilfen e.V. (FEJ)

Paulsenstr. 55/56, 12163 Berlin

T 030 820 97-195

F 030 820 97-377

Eckart.S@dwbo.de

www.fej.info

Redaktionsschluss 1. Juni 2023

Titelfoto: © ArturVerkhovetskiy/clipdealer.com

S. 7: © DWBO/Peters

S. 12: © photographee.eu/clipdealer.com

S. 17: © Monkey/clipdealer.com

S. 19: © DWBO/Decker

S. 22: © SeanPrior/clipdealer.com

S. 24: © jolopes/clipdealer.com

Diakonisches Werk
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.
Fachverband Evangelische Jugendhilfen e. V. (FEJ)
Geschäftsbericht 2022/2023

Paulsenstraße 55-56, 12163 Berlin
T 030 820 97-195
F 030 820 97-377
Eckart.S@dwbo.de
www.fej.info